



CORONA-UNRECHT BEENDEN

**Für einen Untersuchungsausschuss und die Amnestie der Opfer
verfassungswidriger Maßnahmen.**

Die Corona-Jahre haben tiefe Gräben in unsere Gesellschaft gerissen. Was als Gesundheitsschutz deklariert wurde, entpuppte sich oft als unverhältnismäßiger Eingriff in die Grundrechte. Familien wurden gespalten, Kinder litten unter Schulschließungen, und kritische Stimmen wurden diffamiert. Heute wissen wir: Viele Maßnahmen waren medizinisch fragwürdig und rechtlich nicht haltbar. Doch statt die Fehler einzugehen, herrscht in den politischen Zentren das große Schweigen.

Das BSW fordert daher einen kompromisslosen Untersuchungsausschuss im Bundestag. Es reicht nicht, die Vergangenheit ruhen zu lassen. Wer die Verantwortung für massive Grundrechtseinschränkungen und soziale Ausgrenzung trägt, muss Rede und Antwort stehen. Nur durch eine lückenlose Aufarbeitung kann das verlorene Vertrauen in die Demokratie und den Rechtsstaat wiederhergestellt werden.

Ein wesentlicher Teil dieser Gerechtigkeit ist die sofortige Amnestie für alle Bürger, die wegen Verstößen gegen später als verfassungswidrig erkannte Corona-Verordnungen belangt wurden. Es ist ein unerträglicher Zustand, dass Menschen für ihr Handeln bestraft bleiben, während die verantwortlichen Politiker jede Haftung ablehnen. Bußgelder müssen zurückgezahlt und laufende Verfahren eingestellt werden.

Gerechtigkeit bedeutet auch sozialen Frieden. Wir setzen uns für eine Politik ein, die Bürgerrechte schützt, statt sie willkürlich einzuschränken. Es geht darum, aus den Fehlern der Vergangenheit zu lernen, damit sich ein solcher staatlicher Übergriff nie wiederholt.